



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

07.5274.02 / 09.5264.02

ED/P075274/P095264
Basel, 25. November 2009

Regierungsratsbeschluss
vom 24. November 2009

Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Neuordnung der Schulferien – mehr Herbstferien! Schriftliche Anfrage Rudolf Vogel betreffend Sommer-Schulferien

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 7. November 2007 den nachstehenden Anzug Christine Keller und Konsorten dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

„Die Herbstferien werden immer beliebter. Viele Familien nutzen diese Pause vor dem langen Wintersemester, um nochmals in der Schweiz oder auch im Süden richtig „aufzutanken“. Weil nur 2 Wochen Schulferien dafür zur Verfügung stehen, entstehen so im Herbst in manchen Betrieben Engpässe hinsichtlich Ferienplanung. 6 Wochen Schulferien im Sommer, wie sie in Basel-Stadt und Basel-Landschaft praktiziert werden, erscheinen demgegenüber als lang und können wohl nur von wenigen voll ausgenützt werden. Trotz Ausbau der Tagesferien in BS können sie besonders für berufstätige Eltern auch zu Schwierigkeiten führen, den Nachwuchs angemessen zu betreuen und zu beschäftigen.

Nach Meinung der Anzugsteller/innen drängt sich eine Überprüfung der Regelung der Schulferien in BS und BL auf. Parlamentarische Vorstösse mit dieser Stossrichtung werden zur selben Zeit in beiden Kantonen eingereicht.

Als konkrete Idee steht dabei eine Verlängerung der Herbstferien auf 3 Wochen und eine entsprechende Verkürzung der Sommerferien auf 5 Wochen im Vordergrund. Dies umso mehr, als eine entsprechende Regelung in den Kantonen Solothurn und weitgehend auch im Aargau, also innerhalb des angestrebten Bildungsraumes Nordwestschweiz, bereits in Kraft ist. Die Herbstferien würden damit aufgewertet; die Möglichkeiten einer Erholungspause vor dem langen Wintersemester bis Weihnachten verbessert.

Um sicherzugehen, dass die Neuordnung den Bedürfnissen der Familien entspricht, schlagen die Anzugsteller/innen eine Umfrage unter Eltern und Erziehungsberechtigten vor. Dabei könnten auch alternative Modelle, wie eine Verlängerung der Weihnachtsferien bis zum 6. Januar, zur Diskussion gestellt werden. Die Umfrage soll auf geeignete Art und Weise auch die Schülerinnen und Schüler selber miteinbeziehen.

Die Unterzeichneten bitten daher den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten

1. ob er eine Neuordnung der Schulferien im dargestellten Sinne, insbesondere eine Verlängerung der Herbstferien und entsprechende Verkürzung der Sommerferien, für angebracht hält
2. ob er bereit ist, zur Evaluierung der Bedürfnisse der Familien als ersten Schritt zur Umsetzung eine Umfrage zu lancieren?

Christine Keller, Martin Lüchinger, Eduard Rutschmann, Christine Heuss, Sibylle Benz Hübner, André Weissen, Conradin Cramer, Isabel Koellreuter, Loretta Müller, Urs Schwei-

zer, Stephan Maurer, Christoph Wydler, Jörg Vitelli, Thomas Grossenbacher, Ernst Mutschler, Peter Jenni, Esther Weber Lehner, Francisca Schiess, Bruno Mazzotti, Christian Egeler, Doris Gysin, Annemarie von Bidder“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 9. September 2009 die nachstehende Schriftliche Anfrage Rudolf Vogel dem Regierungsrat zur Beantwortung überwiesen:

„Mehrere BewohnerInnen des Hirzbrunnenquartiers fragten mich an, ob die Sommer-Schulferien um zwei Wochen verschoben werden können also der Ferienbeginn zwei Wochen später.

Im Mai 2003 wurden die Hitzetage abgeschafft.

Aufgrund der Statistik konnte festgestellt werden, dass durch die Klimaerwärmung die Monate August und September an Wärme zunehmen.

Diese Tatsachen brachten diverse AnwohnerInnen vom Hirzbrunnenquartier dazu, mich zu bitten, eine Schriftliche Anfrage an die Regierung zu stellen.

Rudolf Vogel“

Wir berichten zu diesem Anzug bzw. beantworten diese Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Ausgangslage

Mit gleichlautenden Vorstössen wird sowohl im Kanton Basel-Stadt als auch im Kanton Basel-Landschaft eine Verlängerung der Herbstferien gefordert, als Kompensation sollen die Sommerferien um eine Woche gekürzt werden. Die Anzugstellenden sind der Überzeugung, dass ein Bedürfnis für längere Herbstferien ausgewiesen ist, weil viele Familien „diese Pause vor dem langen Wintersemester“ nutzen möchten, um nochmals „richtig aufzutanken“.

Die schriftliche Anfrage verlangt eine Verschiebung der Sommer-Schulferien um zwei Wochen, von einer Verkürzung ist hingegen keine Rede.

2. Aktuelle Situation

Die Diskussion um die Ferienordnung ist geprägt von disparaten Partikularinteressen. Jede Ferienordnung wird deshalb umstritten sein. In regelmässigen Abständen werden Elternpetitionen und politische Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Dabei ist keine einheitliche Zielrichtung zu erkennen. So kommt nach klimatisch auffälligen Jahren, beispielsweise nach einem speziell verregneten Juli, regelmässig der Wunsch nach einer Verschiebung der Ferien auf. Die vorliegende Schriftliche Anfrage zeigt, dass aufgrund der in den letzten Jahren oft warmen und sonnigen August- und Septemberwochen eine Verschiebung der Ferien gewünscht wird. Dies würde aber bedeuten, dass auch die Herbstferien verschoben werden müssten, womit sicherlich wiederum andere Betroffene nicht einverstanden wären. Auch die Frage der Verkürzung der Sommerferien zugunsten von längeren Herbstferien wird kontrovers beurteilt. Wer im Sommer lange am Stück wegfahren will, wird keine Freude daran haben, wer die Ferien in mehreren Tranchen beziehen will, schon.

3. Beantwortung der einzelnen Fragen des Anzugs Christine Keller und Konsorten betreffend Neuordnung der Schulferien – mehr Herbstferien!

Die Anzugstellenden möchten vom Regierungsrat wissen, ob er eine Neuordnung der Schulferien im dargestellten Sinne, insbesondere eine Verlängerung der Herbstferien und entsprechende Verkürzung der Sommerferien, für angebracht hält und ob er bereit ist, zur Evaluierung der Bedürfnisse der Familien als ersten Schritt zur Umsetzung eine Umfrage zu lancieren.

Der Regierungsrat lehnt zum jetzigen Zeitpunkt eine Neuordnung der Ferienregelung ab. Zurzeit sind sehr viele Änderungen und Reformen im Schulbereich im Gange, sodass eine zusätzliche Befragung nicht angezeigt ist. Der Wunsch nach einer Neuordnung der Ferien entspricht in der Regel Einzelinteressen. Eine Umfrage unter Eltern und Erziehungsberechtigten, unter Einbezug der Schülerinnen und Schüler, wie sie von den Anzugstellenden angeregt wird, würde kaum zu eindeutigen Ergebnissen kommen. Im Gegenteil muss befürchtet werden, dass die unterschiedlichen Vorstellungen eher zu einer noch unübersichtlicheren Situation führen würden. Ausserdem wäre eine solche Umfrage sehr aufwändig und würde falsche Hoffnungen wecken.

4. Zur Schriftlichen Anfrage Rudolf Vogel

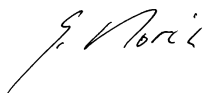
Auch hinsichtlich dieses Vorschlags ist davon auszugehen, dass sich Befürwortende und Gegner die Waage halten werden. Da die gesetzlichen Grundlagen für die Festlegung der Ferien einen gewissen Spielraum zulassen – in § 44 der Schulordnung wird lediglich festgehalten, dass im Sommer sechs und im Herbst zwei Wochen schulfrei sind – wird der Erziehungsrat, als verantwortliche Behörde, die Sommerferien tendenziell eher nach hinten schieben.

5. Stellungnahme des Erziehungsrats

Da der Erziehungsrat für die Festlegung der Schulferien zuständig ist (§ 43 Schulordnung), wurde ihm der Entwurf der Anzugsbeantwortung vorgelegt. Er teilt die Haltung des Regierungsrats.

6. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir Ihnen, den Anzug Christine Keller und Konsorten betreffend Neuordnung der Schulferien - mehr Herbstferien! als erledigt abzuschreiben.
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Guy Morin
Präsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin